

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP

und

Antwort

des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Informationspolitik des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit ist ihr bekannt, auf welche Weise und wann die Abgeordneten über die Städtebauförderung im laufenden Jahr informiert wurden?
2. An welchen Empfängerkreis wurden die Informationsschreiben des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft zur Städtebauförderung vom 3. April 2014 im Postumlauf versendet?
3. Wurde die Generalsekretärin der Landes-SPD Baden-Württemberg von der Landesregierung bzw. der Landesverwaltung vom Inhalt des Informationsschreibens vom 3. April 2014 bzw. den zugrunde liegenden Entscheidungsprozessen informiert und ggf. wann?
4. Wie bewertet sie den Umstand, dass es der Generalsekretärin der Landes-SPD bereits am gleichen Tag möglich war, eine Pressemitteilung mit Detailinformationen zum Thema zu veröffentlichen?
5. Inwieweit wird von ihr in dieser Chronologie erkannt, dass die Landes-SPD in Person ihrer Generalsekretärin bereits vorab informiert wurde?
6. Inwieweit sieht sie hierin eine unzulässige Vermischung von Parteiangelegenheiten mit Regierungs- bzw. Parlamentsangelegenheiten?

7. Wie beurteilt sie die Gefahr, dass es mit dem beschriebenen Vorgehen zu einer Vermischung von Regierungs- und Parteiarbeit kommt, die die Grenze zwischen Partei und Staat immer weiter verwässert?

07.04.2014

Dr. Rülke FDP/DVP

Begründung

Die Abgeordneten des Landtags wurden mit Informationsschreiben vom 3. April 2014 vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft über die Städtebauförderung im jeweiligen Wahlkreis informiert. Diese Schreiben gelangten häufig erst mit deutlicher zeitlicher Verzögerung per Postumlaufverfahren zu den Mandatsträgern. Der SPD-Generalsekretärin war es gleichwohl möglich, eine Pressemitteilung bereits am gleichen Tag zu veröffentlichen. Es bedarf der Klärung, inwieweit hierin eine unzulässige Vermischung von Partei- mit Regierungsangelegenheiten zu sehen ist.

Antwort

Mit Schreiben vom 16. April 2014 Nr. 6-2521.0/294 beantwortet das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Inwieweit ist ihr bekannt, auf welche Weise und wann die Abgeordneten über die Städtebauförderung im laufenden Jahr informiert wurden?*
2. *An welchen Empfängerkreis wurden die Informationsschreiben des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft zur Städtebauförderung vom 3. April 2014 im Postumlauf versendet?*
3. *Wurde die Generalsekretärin der Landes-SPD Baden-Württemberg von der Landesregierung bzw. der Landesverwaltung vom Inhalt des Informationsschreibens vom 3. April 2014 bzw. den zugrunde liegenden Entscheidungsprozessen informiert und ggf. wann?*

Zu Ziff. 1. und 2.:

Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft hat die vier Fraktionsvorsitzenden des Landtags von Baden-Württemberg jeweils mit einem Schreiben von Herrn Staatssekretär Rust vom 3. April 2014 über das aktuelle Städtebauförderungsprogramms 2014 insgesamt unterrichtet; den Schreiben war eine alphabetische Förderliste für alle geförderten städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen beigelegt.

Außerdem wurden die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg jeweils mit einem Schreiben von Herrn Staatssekretär Rust vom 3. April 2014 über die in ihrem Wahlkreis geförderten städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen informiert.

Zu Ziff. 3.:

Weder die Generalsekretärin der Landes-SPD noch Abgeordnete des Deutschen Bundestages wurden vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft über das Städtebauförderungsprogramm 2014 informiert.

- 4. Wie bewertet sie den Umstand, dass es der Generalsekretärin der Landes-SPD bereits am gleichen Tag möglich war, eine Pressemitteilung mit Detailinformationen zum Thema zu veröffentlichen?*
- 5. Inwieweit wird von ihr in dieser Chronologie erkannt, dass die Landes-SPD in Person ihrer Generalsekretärin bereits vorab informiert war?*
- 6. Inwieweit sieht sie hierin eine unzulässige Vermischung von Parteiangelegenheiten mit Regierungs- bzw. Parlamentsangelegenheiten?*
- 7. Wie beurteilt sie die Gefahr, dass es mit dem beschriebenen Vorgehen zu einer Vermischung von Regierungs- und Parteiarbeit kommt, die die Grenzen zwischen Partei und Staat immer weiter verwässert?*

Zu Ziff. 4. bis 7.:

Eine Bewertung der Fragen Ziffer 4 bis 7 ist dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft aufgrund des zu Ziffer 1 bis 3 dargelegten Verfahrens nicht möglich.

Dr. Nils Schmid

Minister für Finanzen und Wirtschaft